



## Ein Rettungsanker für die von Schiffbruch bedrohte höhere Bildung

Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative hat Potential

Das Parlament diskutiert in der Frühjahrssession einen Gesetzesentwurf, der die Stipendien für die Bildung auf tertiärer Ebene verbessern will. Wenn die entsprechenden Vorschläge durchkommen, könnte dieses Gesetz einem wegen der Abstimmung zur „Masseneinwanderung“ in Krise geratenen Bereich aus der Patsche helfen. Und für die Berufsbildung gleichzeitig neue Perspektiven eröffnen. Seit der Abstimmung zur „Masseneinwanderung“ reiht sich eine schlechte Nachricht an die andere. Insbesondere im Bereich der tertiären Bildung. Die Ankündigung der EU, die Verhandlungen für das Austauschprogramm Erasmus+ und das Forschungsprogramm Horizon 2020 auszusetzen, haben wie ein Elektroschock gewirkt. Nur wenige Bürger hatten zuvor realisiert, dass ein Ja zum isolationistischen Vorstoss Folgen weit über die Migration hinaus erzeugen würde.

### Fatales Eigentor

Das Abstimmungsergebnis wird unberechenbare Folgen in einigen für die Schweiz zentralen Bereichen haben, Bildung inbegriffen. Um den aussergewöhnlichen Aufschwung der Beschäftigung während der letzten 10 Jahre (+13% Vollzeitstellen) bewältigen zu können, rief die Schweiz zahlreiche sehr qualifizierte Arbeitnehmer/innen aus den Nachbarstaaten. Die meisten von ihnen besaßen ein Diplom auf tertiärer Stufe. Die Schweiz hat also „brain drain“ praktiziert, sie hat Qualifikationen aus dem benachbarten Ausland „abgesaugt“. Damit hat sie die Investitionen in Grund- und höhere Ausbildung beträchtlich abbremsen können – um gleichzeitig breit von den EU-Programmen zu profitieren, und so Forschung und Innovation zu entwickeln. Es ist klar: Für hoch qualifizierte europäische Arbeitnehmer/innen wird die Schweiz an Attraktivität verlieren. Die administrativen Schikanen, die den Familiennachzug behindern sollen, werden viele Forscher oder Ärzte abschrecken. Für diese Personen gibt es zudem genügend verlockende Perspektiven in der EU selbst. Die Schweiz, mit dem Rücken zur Wand, wird somit zwei Optionen haben: Sie investiert selbst massiv in Bildung und Erziehung und sie erweitert die Rekrutierung auf aussereuropäische Länder.

### Zunehmendes Malaise

Obwohl die Schweiz die benötigten Spezialist/innen nicht selbst auszubilden imstande ist, rühmt sie sich, über eines der besten Ausbildungssysteme zu verfügen, vor allem dank ihrer Berufsbildung. Diese hat jedoch viel an Attraktivität eingebüsst. Aus einem einfachen Grund: die Jugendlichen sind sich zunehmend bewusst, dass die Lehre heute nicht mehr ein würdiges Salär und eine ermunternde Perspektive für die Familiengründung garantiert. Aus diesem Grund wollen heute viele Jugendliche ihre Ausbildung nach dem Lehrabschluss fortsetzen. Genau diese Jugendlichen jedoch, die oft aus eher bescheidenem Milieu stammen, erhalten nur selten eine finanzielle Unterstützung für die höhere Berufsbildung. Trotz sehr hohen Gebühren werden nur 3 % von ihnen unterstützt (Stipendium oder Darlehen), gegenüber 8 % im Schnitt. Eine höhere Berufsbildung bedeutet aber bedeutende persönliche und finanzielle Opfer. Das umso mehr als viele Betroffene bereits familiäre Pflichten wahrzunehmen haben.

### Gegenentwurf bietet Aufholchance

Diese mangelnde Anerkennung unserer jungen Berufsleute, ihr Gefühl ungerecht behandelt zu sein, ist eine Ursache jenes Malaises, das zum Resultat des 9. Februar geführt hat. Während der Frühjahrssession bietet sich dem Parlament eine erste Chance einer gewissen Wiedergutmachung. Denn dieses wird über einen Entwurf zur Revision des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge als Gegenvorschlag zur Stipendien-Initiative des VSS zu entscheiden haben.

Das Parlament soll dabei

- die Bundesunterstützung an den Respekt der Minimalbeträge binden, wie sie das entsprechende interkantonale Konkordat vorsieht;
- die Bundesmittel stark erhöhen, insbesondere für grosszügige Kantone;

- direkte Bundesbeiträge vorsehen, um z.B. den spezifischen Bedürfnissen der höheren Berufsbildung oder dem dringenden Bedarf an qualifizierten Berufsleuten in gewissen Branchen (etwa Gesundheit) zu entsprechen.

Wenn diese drei Forderungen durchkommen, dann könnte das neue Gesetz über Ausbildungsbeiträge ein seriöser Gegenvorschlag zur VSS-Initiative sein. Das Gesetz böte so der Berufsbildung neue Entwicklungsperspektiven. Es könnte dazu beitragen, die Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Ausbildungswegen zu verkleinern. Und würde damit den Bedürfnissen des qualifizierten Personals besser entsprechen.

Véronique Polito.

SGB, 28.2.2014.

Personen > Polito Véronique. Stipendienwesen. Nationalrat. SGB. 2014-02-28